

## C 001: Leitantrag Gutes Leben

Laufende Nummer: 35

<b>Antragsteller/in:</b>	Bezirksvorstand
<b>Status:</b>	Empfehlung der ABK liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	C - Gutes Leben
<b>Antragsblock:</b>	Gutes Leben
<b>Herkunft:</b>	Bezirksvorstand
<b>Zusammenfassung der Änderungsempfehlungen</b>	Zeile 261: Ergänzung

### Leitantrag Gutes Leben

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die Wirtschaftskraft Baden-Württembergs ist herausragend. Das Land ist in den
- 2 vielfältigsten Bereichen an der Spitze zu finden. Die Zahl der Einwohner/-innen wächst
- 3 jährlich um zehntausende Menschen, denen eine global vernetzte Industrie, ein innovativer
- 4 Mittelstand und ein vielfältiger Dienstleistungssektor Arbeitsplätze bieten. Entsprechend
- 5 hoch sind die Steuereinnahmen. Das Land sollte den Anspruch haben, das
- 6 Wohlstandsversprechen für alle Menschen, die hier leben, einzulösen.
  
- 7 Die Landespolitik vergibt seit Jahren die Chance, alle Menschen in Baden-Württemberg an
- 8 diesem Wohlstand teilhaben zu lassen. Die Ideologie der „Schwarzen Null“ engt den
- 9 Gestaltungsanspruch stark ein. Auch wird der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft
- 10 nicht wirksam entgegengewirkt.
  
- 11 In vielen Fragen ist der Gestaltungsspielraum längst keine Kür mehr, sondern absolut
- 12 notwendig, um zukunftsfähig und wettbewerbsfähig zu bleiben. Das öffentliche Vermögen
- 13 verliert rasant an Wert. Die Infrastruktur genügt längst nicht mehr den Anforderungen an
- 14 eine moderne Daseinsvorsorge. Wie kann sich Baden-Württemberg als Innovationsland
- 15 bezeichnen, wenn es gleichzeitig einen Investitionsstau aufbaut, der bald nicht mehr
- 16 einzuholen ist? Wenn zugelassen wird, dass Bildungskarrieren immer noch stark von der
- 17 sozialen Herkunft abhängen? Untätigkeit fördert Ungleichheit und Armut. Rund 1,6 Millionen
- 18 Menschen in Baden-Württemberg sind bereits jetzt von Armut betroffen, insbesondere
- 19 Erwerbslose und Alleinerziehende.
  
- 20 Baden-Württemberg braucht eine Politik, die die Gerechtigkeitslücken bei den
- 21 Arbeitsverhältnissen, den Einkommen, im Bildungssektor und bei den Teilhabemöglichkeiten
- 22 schließt. Eine ungerechte Gesellschaft schadet allen. Soziale Spannungen nehmen zu. Die
- 23 Bereitschaft, solidarisch füreinander einzustehen, sinkt. Deshalb brauchen wir
- 24 zukunftsfeste Arbeitsplätze, die gute Arbeit mit auskömmlicher Bezahlung verbinden. Wir
- 25 brauchen eine Daseinsvorsorge, die allen Bürger/-innen eine gleichberechtigte Teilhabe an
- 26 unserer Gesellschaft ermöglicht.
  
- 27 **Soziale Sicherung zukunftsfest machen**

## 28 **Eine bessere Rentenpolitik ist ein zentrales Anliegen des DGB**

29 Eine wesentliche Ursache für die steigende Armut älterer Menschen in Baden-Württemberg ist  
30 das – von der Bundesregierung beschlossene - sinkende Rentenniveau. Die Altersrenten  
31 derjenigen Menschen, die bereits in Rente sind, sind deutlich höher als die Altersrenten  
32 derjenigen Menschen, die erstmals in den Rentenbezug wechseln. Bei den Männern betrug die  
33 Differenz im Jahr 2015 im Landesdurchschnitt pro Monat bereits etwa 50 Euro.

34 Ende des Jahres 2014 bezogen in Baden-Württemberg fast 50.000 Menschen über 65 Jahren  
35 Grundsicherungsleistungen. Binnen zehn Jahren hat sich ihre Zahl fast verdoppelt. Die  
36 stark steigende Zahl der Grundsicherungsempfänger/innen ist ein Zeichen für die abnehmende  
37 Leistungskraft der gesetzlichen Rentenversicherung.

38 Der DGB Baden-Württemberg soll daher seine Rentenkampagne fortsetzen und gegenüber der  
39 Politik auf Landes- und Bundesebene auf die Durchsetzung der gewerkschaftlichen  
40 Kernforderungen dringen:

41 Das Niveau der gesetzlichen Rente muss auf dem derzeitigen Stand von 48 Prozent  
42 stabilisiert und im nächsten Schritt auf etwa 50 Prozent angehoben werden. Lange  
43 Beitragszeiten mit Niedriglohn müssen besser bewertet werden. Die Einnahmeseite der  
44 gesetzlichen Rentenversicherung soll gestärkt werden, indem auch Selbstständige einbezogen  
45 werden. Versicherungsfremde Leistungen wie die Mütterrente sollen voll aus Steuermitteln  
46 finanziert werden.

## 47 **Gesundheitspolitik gerecht gestalten**

48 Gegenüber der Politik und in der Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung  
49 soll sich der DGB Baden-Württemberg für die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung  
50 engagieren. Die Kosten im Gesundheitswesen werden steigen und drohen dann allein auf dem  
51 Rücken der Beschäftigten abgeladen zu werden. Die Arbeitgeber müssen wieder die Hälfte der  
52 Beitragszahlungen übernehmen. Mittelfristig muss die gesetzliche Krankenversicherung zu  
53 einer Bürgerversicherung weiterentwickelt werden, in die auch Selbstständige und  
54 Beamt/innen einbezogen werden. Auch Einkunftsarten wie Mieteinnahmen oder Aktiengewinne  
55 sollen dann zur Verbreiterung der Einnahmeseite genutzt werden.

## 56 **Soziale Ungleichheit bekämpfen**

57 In den vergangenen Jahren hat das Armutsrisiko im wohlhabenden Baden-Württemberg  
58 zugenommen: 2016 lag es mit 11,9 Prozent zwar im bundesweiten Vergleich auf dem geringsten  
59 Wert, allerdings sind Erwerbslose mit 43,4 Prozent und Alleinerziehende mit 28,7 Prozent  
60 besonders gefährdet. Zudem breiten sich atypische Beschäftigungsformen wie Leiharbeit,  
61 Teilzeit, Minijobs und Werkverträge immer weiter aus. In Baden-Württemberg beträgt ihr  
62 Anteil rund 38 Prozent. Auch dies wirkt sich auf die Armutsgefährdungsquote aus: Während  
63 nur 3,2 Prozent der Normalbeschäftigten von Armut bedroht sind, liegt der Anteil der  
64 atypisch Beschäftigten bei 14,3 Prozent.

65 Der DGB Baden-Württemberg setzt der zunehmenden sozialen Ungleichheit und Verschlechterung  
66 der Qualität der Arbeit sein Leitbild der „guten Arbeit“ entgegen. Eine höhere  
67 Tarifbindung, das Zurückdrängen des Niedriglohnsektors sowie gesetzliche und tarifliche  
68 Mindestlöhne können das weitere Absinken der Einkommen und somit letztlich die Gefahr, in

69 Armut zu geraten, verhindern. Die Landesregierung ist aufgefordert, sich mit der sozialen  
70 Lage im Südwesten intensiv zu befassen und den 2015 erstmals erstellten Armuts- und  
71 Reichtumsbericht in regelmäßigen Abständen zu aktualisieren. Hierbei soll der DGB  
72 miteinbezogen werden.

73 Entscheidend für die individuelle Vermögensposition sind die schulische und berufliche  
74 Bildung sowie die soziale Stellung. Selbstständige weisen im Durchschnitt das höchste  
75 Vermögen, Arbeitslose das geringste Vermögen auf. In längere Arbeitslosigkeit geratene  
76 Personen müssen aufgrund der Hartz-Reformen zunächst ihr Vermögen aufbrauchen, bevor sie  
77 ALG-II erhalten.

78 Eine schlechte Einkommenssituation führt zu sozialer Ausgrenzung. Die Teilhabe am  
79 politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben bedeutet aber die Chance auf  
80 Mitgestalten. Studien zeigen, dass einkommensschwache Menschen sich viel seltener in  
81 gesellschaftlichen oder politischen Organisationen engagieren. Damit sind auch ihre  
82 Interessen nicht oder kaum vertreten.

83 Der DGB Baden-Württemberg macht sich gegenüber der Politik für eine **Steuerpolitik** stark,  
84 die hohe Einkommen und Vermögen stärker an der Finanzierung öffentlicher Investitionen  
85 beteiligt und mittlere und niedrige Einkommen entlastet: Neben der Erhöhung des  
86 Spitzensteuersatzes und der Wiedererhebung der Vermögensteuer ist hierfür eine Reform der  
87 Erbschaftsteuer, die das Betriebsvermögen nicht wie bisher weitgehend steuerfrei stellt,  
88 elementar. Ohne Arbeitsplätze im Mittelstand zu gefährden, könnte ihr Aufkommen  
89 mittelfristig verdoppelt werden. Der DGB hat zur Bundestagswahl ein Konzept für eine  
90 gerechte Steuerreform vorgelegt, dessen Umsetzung für Baden-Württemberg jährlich 5,7  
91 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen bringen würde.

## 92 **Für ein handlungsfähiges Baden-Württemberg**

93 Der Staat hat die Aufgabe, seine Bürgerinnen und Bürger mit wesentlichen Dienstleistungen  
94 zu versorgen: von der Abfallentsorgung, über Kindergärten, Schulen und Hochschulen bis zur  
95 Versorgung mit Wasser, Energie und Verkehrsinfrastruktur zählen unterschiedlichste  
96 Bereiche zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Für den DGB Baden-Württemberg ist ein „  
97 **handlungsfähiger Staat**“ in der Lage, seinen Bürgerinnen und Bürgern diese Dienstleistungen  
98 zur Verfügung zu stellen und so zu finanzieren, dass sie von allen in Anspruch genommen  
99 werden können und niemand aufgrund seiner sozialen Lage ausgeschlossen wird.

## 100 **Mehr Investitionen in eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge**

101 Die Handlungsfähigkeit des Landes und vor allem der Kommunen wird durch die seit  
102 Jahrzehnten andauernde Sparpolitik (Austerität) immer weiter untergraben: Um die Aufgaben  
103 einer leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Daseinsvorsorge erfüllen zu können,  
104 braucht Baden-Württemberg mehr öffentliche Investitionen in Wohnungsbau, Krankenhäuser,  
105 öffentlichen Nah- und Regionalverkehr, Brücken und Straßen, Schulen und öffentliche  
106 Gebäude. Im Zuge der Austeritätspolitik sind die Investitionen des Landes und der Kommunen  
107 im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung seit Beginn der neunziger Jahre aber zurückgegangen  
108 und blieben deutlich hinter der Entwicklung der steigenden Steuereinnahmen zurück. Damit  
109 zog sich der Staat immer weiter aus der öffentlichen Daseinsvorsorge zurück. Dieser  
110 „schlanke Staat“ ist das Gegenbild zum Leitbild des „handlungsfähigen Staates“ des DGB.

111 Denn die abhängig Beschäftigten und ihre Familien können sich keinen schwachen Staat  
112 leisten.

113 Öffentliche Investitionen stärken ebenso die Infrastruktur, Handwerk und Mittelstand und  
114 regionale Wirtschaftskreisläufe, sie sichern die Zukunftsfähigkeit des  
115 Wirtschaftsstandorts und tragen zu mehr Wachstum und Beschäftigung bei. Mehr sozialen  
116 Zusammenhalt gibt es nur mit stärkeren öffentlichen Investitionen. Baden-Württemberg darf  
117 sich gegenüber dem Bund mit Schuldenbremse und Fiskalpakt nicht abfinden, sondern soll  
118 sich für die Ausnahme von Investitionen aus der Schuldenbremse („**goldene Regel**“)  
119 einsetzen. Gerade in Zeiten niedrigster Zinsen bzw. Nullzinsen darf auch eine Finanzierung  
120 von öffentlichen Investitionen über Kreditaufnahmen kein politisches Tabu sein.

121 Unterlassene öffentliche Investitionen in der Gegenwart potenzieren sich in der Zukunft  
122 als ungleich höhere Folgekosten, beispielsweise wegen Ghettobildung, Bildungsmängeln und  
123 Kriminalität, und sie schädigen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts:  
124 **Nachhaltig** ist, heute in die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu  
125 investieren anstatt morgen mit weit höheren Kosten zu reparieren.

126 Neben den Investitionen braucht es aus Sicht des DGB Baden-Württemberg für einen  
127 handlungsfähigen Staat eine ausreichende Ausstattung an qualifiziertem Personal und  
128 Arbeitsbedingungen im Bereich des öffentlichen Diensts, welche die Interessen von  
129 Arbeitgeber/-innen und Beschäftigten berücksichtigen. Denn die Realität sieht oftmals ganz  
130 anders aus. Trotz immer mehr Ausgaben, die dem öffentlichen Dienst übertragen werden,  
131 fehlt es an Personal. Immer mehr Beschäftigte fühlen sich durch viele gleichzeitig zu  
132 erledigende Aufgaben gehetzt, und die Krankenstände befinden sich seit Jahren auf einem  
133 bedenklich hohen Niveau. Der DGB Baden-Württemberg wird sich dafür einsetzen, dass  
134 Verbesserungen für die Beschäftigten herbeigeführt werden. Denn Arbeiten im öffentlichen  
135 Dienst darf nicht krank machen, die Arbeitszeit muss im gemeinsamen Interesse von  
136 Arbeitgeber und Beschäftigten gestaltet werden. Die Mitbestimmungsrechte müssen weiter  
137 gestärkt werden, damit die Beschäftigten und ihre Personalräte wirksam auf die  
138 Arbeitsgestaltung Einfluss nehmen können. Der beschleunigte Wandel der Arbeitswelt  
139 erfordert vermehrte bedarfsgerechte Anstrengungen der Aus-, Fort- und Weiterbildung.  
140 Zusätzlich muss mit Blick auf die Altersstruktur im öffentlichen Dienst die Gewinnung von  
141 qualifiziertem Personal ebenfalls mehr in den Fokus der Dienstherren rücken. Nur so lassen  
142 sich die Herausforderungen der Zukunft auch gut und sicher bewältigen und die  
143 Arbeitsfähigkeit des öffentlichen Diensts langfristig sicherstellen.

#### 144 **Ausgaben für sozialen Wohnungsbau erhöhen**

145 Vielerorts in Baden-Württemberg fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Insbesondere in den  
146 Ballungszentren ist es extrem schwierig, günstigen Wohnraum zu finden. Diese Entwicklung  
147 war durchaus vorauszusehen. Im Jahr 2015 betrug der Nettozuzug nach Baden-Württemberg ca.  
148 150.000 Menschen. In der Annahme, dass durchschnittlich zwei Personen einen Haushalt  
149 bilden, bedeutet dies einen rechnerischen Bedarf von 75.000 Wohneinheiten pro Jahr.  
150 Tatsächlich gebaut wurden in Baden-Württemberg jedoch nur 33.000 Wohneinheiten.

151 Noch dramatischer sieht es bei Sozialmietwohnungen für einkommensschwache Haushalte aus.  
152 Nicht nur, dass deutlich weniger Sozialwohnungen gebauten wurden als benötigt. Hinzu  
153 kommt, dass immer mehr Wohnungen aus der Preisbindung fallen und der Bestand an

154 Sozialwohnungen deshalb sinkt. In den vergangenen Jahren lagen die Investitionen des  
155 Landes in den sozialen Wohnungsbau bei durchschnittlich nur 25 Millionen Euro jährlich.  
156 Der Mieterbund schätzt, dass derzeit 16.000 neue Sozialmietwohnungen pro Jahr nötig wären.  
157 Dies bedürfe einer Investition von 720 Millionen Euro im Jahr. Diese Diskrepanz ist für  
158 den DGB nicht hinnehmbar.

159 Die aktuellen Diskussionen darüber, wie mehr und schneller Wohnraum geschaffen werden  
160 kann, sind für den DGB Baden-Württemberg weder ausreichend noch zielführend. Im  
161 Wesentlichen geht es dabei um verbesserte Abschreibungen für Investoren und  
162 einkommensstärkere Bevölkerungsschichten, schnellere Bereitstellung von Bauland und  
163 beschleunigte Bauverfahren, teilweise einfachere Baufertigstellungen. Doch gerade in  
164 Ballungszentren müssen selbst Facharbeiter/-innen oftmals mehr als die Hälfte des  
165 Haushaltseinkommens für die Miete aufwenden. Mittlere und untere Einkommen stehen in der  
166 aktuellen Diskussion nicht im Fokus. Dies ist für den DGB Baden-Württemberg mehr als  
167 problematisch, denn gerade für diese Zielgruppen benötigt unser Land eine breit angelegte  
168 und zielgerichtete Wohnungsbaupolitik, bei der staatliche Förderung und Steuerung eine  
169 entscheidende Rolle spielen.

170 Der DGB Baden-Württemberg wird sich daher gegenüber Bund, Land und Kommunen für eine  
171 solche zielgerichtete Wohnungsbaupolitik und für deutlich höhere Wohnungsbauinvestitionen  
172 einsetzen und dieses Thema in den kommenden Jahren zu einem seiner Arbeitsschwerpunkte  
173 machen.

#### 174 **Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken**

175 Baden-Württemberg ist ein Land der Vielfalt. Hier leben und arbeiten Menschen aus der  
176 ganzen Welt und tragen zu einem guten Leben für alle bei. Der DGB setzt sich dafür ein,  
177 den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Ausgrenzung entgegenzuwirken. Dies gilt  
178 für alle gesellschaftlichen Gruppen, Jung und Alt, Reich und Arm, Menschen mit  
179 Migrationshintergrund, die hier geboren sind genauso wie für erst in jüngerer Zeit  
180 Zugewanderte.

181 Der DGB wendet sich entschieden gegen rechte Hetze und gegen jede Form der Gewalt. Der DGB  
182 lehnt Stimmungsmache gegen Geflüchtete ab und setzt sich für die Rechte der Menschen ein,  
183 die in ihrer Heimat alles verloren haben. Sie müssen eine Chance auf rechtsstaatliche  
184 Behandlung bekommen.

#### 185 **Integration von Geflüchteten in unsere Gesellschaft**

186 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen Deutschland als Einwanderungsland und  
187 setzen sich für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen - unabhängig von der  
188 sozialen und ethnischen Herkunft, von Kultur und Religion - ein. Chancengleichheit und  
189 Gleichbehandlung in Bildung und Ausbildung, bei Beschäftigung und sozialer Absicherung,  
190 gesellschaftliche und politische Partizipation sind Voraussetzungen für eine vielfältige  
191 und demokratische Gesellschaft.

192 Die Zuwanderung vieler Geflüchteter seit 2014 erfordert große Anstrengungen an das  
193 politische und gesellschaftliche Handeln, wenn die Integration dieser Menschen in unsere  
194 Gesellschaft gelingen soll. Der DGB fordert klare allgemeingültige Regelungen für eine  
195 gelingende Integration der Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit und einen Stopp der

196 gängigen willkürlichen Auslegungspraxis.

197 Der DGB fordert eine großzügige Anwendung der Ausbildungsduldung, klare Regelungen bei  
198 schulischen Ausbildungsgängen und einen der betrieblichen Realität entsprechenden Umgang  
199 mit frühzeitigen Vertragsunterzeichnungen.

200 Der DGB fordert die Politik auf, in engem Austausch mit den haupt- und ehrenamtlichen  
201 Helfer/-innen und dem Flüchtlingsrat Lösungen zum Wohle der Betroffenen zu finden. Die  
202 Sozialpartner unterstützen mit ihrer Expertise in Bündnissen und Netzwerken.

### 203 **Klare Kante gegen Rechtspopulismus**

204 Seit der Finanzkrise und verstärkt durch den Zustrom von Geflüchteten nach Deutschland  
205 erleben rechtspopulistische Argumente und Parteien einen starken Aufschwung. Dabei wollen  
206 die Rechtspopulist/-innen, insbesondere die der Partei „Alternative für Deutschland“,  
207 gerne als die angeblichen Vertreter/innen der „kleinen Leute“ überkommen. Doch ein Blick  
208 auf ihre Aussagen und Programme zeigen, dass sie eben dies nicht sind. Sie setzen auf  
209 Sozialabbau, auf Steuersenkungen für Reiche sowie auf Rassismus und Nationalismus. Sie  
210 schüren damit Angst und Hetze und stehen im deutlichen Gegensatz zu gewerkschaftlichen  
211 Positionen.

212 Der DGB stellt der rechtspopulistischen Politik der Ausgrenzung die gewerkschaftlichen  
213 Werte von Zusammenhalt und Solidarität entgegen.

214 Der DGB setzt sich mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten der  
215 Rechtspopulist/-innen auseinander, informiert, leistet Aufklärung und wird bei Bedarf vor  
216 Ort aktiv. Der DGB bietet Rechtspopulist/-innen zudem bei eigenen Veranstaltungen keine  
217 Plattform und nutzt Veranstaltungen Dritter gegebenenfalls zur kritischen  
218 Auseinandersetzung.

### 219 **Für ein soziales und demokratisches Europa**

220 Die Unterstützung für den europäischen Integrationsprozess schwindet. Mittlerweile sehen  
221 die Bürger/-innen in der Europäischen Union (EU) zunehmend eine Bedrohung ihrer sozialen  
222 und demokratischen Rechte und wenden sich verstärkt europafeindlichen Parteien und  
223 Bewegungen zu.

224 Das bisherige Euro-Krisenmanagement hat die soziale Schieflage in Europa verschärft. In  
225 Not geratene EU-Mitgliedstaaten werden zu einem Sparkurs gezwungen, der die Beschäftigten  
226 hart trifft und damit die soziale Spaltung beschleunigt. Die Abwärtsspirale aus sinkenden  
227 Löhnen, Rentenkürzungen, steigender Arbeitslosigkeit und weniger Steuereinnahmen würgt in  
228 den betroffenen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung ab. Die Zukunft Europas wird  
229 kaputtgespart.

230 Nur durch eine nachhaltige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen  
231 sowie eine Stärkung demokratischer Prozesse in der EU wird es gelingen, das Vertrauen in  
232 die EU zu stärken. Der DGB will ein soziales und demokratisches Europa. Die Gewerkschaften  
233 erwarten, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten die Menschen und nicht die  
234 Märkte in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt, den sozialen Zusammenhalt fördern und  
235 zugleich die Globalisierung gerecht gestalten. Europa braucht verbindliche  
236 Mindeststandards, um faire Löhne und Einkommen zu sichern. Arbeitnehmerrechte,

237 Mitbestimmung und angemessene soziale Absicherung der großen Lebensrisiken gehören  
238 unverzichtbar zu einem sozialen Europa.

239 Die Ankündigung von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Europa sozialer zu  
240 gestalten, hat große Hoffnungen geweckt. Der Ende April 2017 präsentierte Vorschlag der  
241 „Europäischen Säule sozialer Rechte“ (ESSR) enthält jedoch nur 20 unverbindliche  
242 Grundsätze. Darüber hinaus löst die ESSR nicht den Kern des Problems: Es geht nicht  
243 beziehungsweise nicht nur um einen mangelhaften Sozialschutz in den einzelnen EU-  
244 Mitgliedstaaten, sondern vor allem um die Verletzung bereits bestehender sozialer Rechte  
245 durch europäische Politik und Verfahren. In den vergangenen Jahren hat der Europäische  
246 Gerichtshof (EuGH) in seinen Urteilen immer wieder die Marktfreiheit über die sozialen  
247 Grundrechte gestellt. Auch waren es europäische Organe, welche die sogenannten Troika-  
248 Staaten dazu gezwungen haben, Sozialleistungen und Renten zu kürzen, Löhne zu senken und  
249 somit die Tarifautonomie auszuhebeln.

250 Der DGB dringt auf eine wirtschafts-, sozial- und rechtspolitische Neuausrichtung, die  
251 selbstverständlich auch die nationalen sozialen Sicherungs- und Tarifvertragssysteme  
252 achtet. Deutschland als größter EU-Mitgliedstaat trägt bei dem dafür einzuleitenden  
253 Kurswechsel eine besondere Verantwortung. Der DGB fordert - auch im Hinblick auf die  
254 Europa-Wahlen 2019 - eine breit angelegte Debatte über die Voraussetzungen für ein  
255 soziales Europa, die in konkrete Projekte münden muss, mit denen die Lebens- und  
256 Arbeitsbedingungen der Menschen in Europa verbessert werden.

257 Der DGB Baden-Württemberg versteht sich als Teil der Friedensbewegung. Seine Leitlinie ist  
258 , dass Menschen weltweit in Frieden, Demokratie, Freiheit, Menschenwürde und sozialer  
259 Sicherheit leben können. Die Ursachen von Konflikten und Kriegen gilt es, mit zivilen  
260 Mitteln zu beseitigen – Gewalt kann nicht mit Gewalt eingedämmt werden.

261 -

#### Für Frieden und Abrüstung - gegen eine Erhöhung der Rüstungsausgaben

Der DGB spricht sich deutlich gegen die weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben und das  
Zwei-Prozent-Ziel der NATO aus. Im Gegenteil: die Ausgaben für Rüstung und Militär müssen  
weltweit gesenkt werden. Investitionen in soziale und ökologische Aufgaben, etwa in  
Bildung und Umweltschutz, müssen gestärkt werden. Außenpolitisch soll sich Deutschland für  
mehr Krisenprävention und die Bekämpfung von Fluchtursachen einsetzen. Rüstungsexporte in  
Krisengebiete müssen verboten werden und Unterstützung von Kriegen und kriegsähnlichen  
Handlungen sind zu unterlassen. Die Bundeswehr muss aus allen Kampfeinsätzen abgezogen  
werden, die nicht durch ein UN-Mandat legitimiert sind. Eine Ausrichtung der Bundeswehr  
auf eine international operierende Interventionsarmee lehnt der DGB Baden-Württemberg ab.  
Er fordert die sofortige Beendigung aller militärischen Forschung an staatlichen  
Hochschulen.

Der DGB fordert das Land Baden-Württemberg und insbesondere das Kultusministerium auf,  
bestehende Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu kündigen.

Projekte zur Rüstungskonversion sollen gemeinsam mit den Beschäftigten und Ihren  
Interessenvertretungen entwickelt werden und sind industriepolitisch aktiv zu flankieren –  
langfristig muss eine vollständige Umstellung auf zivile, gesellschaftlich nützliche

Produkte gelingen.

262



## C 002: keine rechtspopulistischen Inhalte

Laufende Nummer: 31

<b>Antragsteller/in:</b>	DGB KV Rems-Murr
<b>Status:</b>	Empfehlung der ABK liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Erledigt bei Annahme von Antrag C 001
<b>Sachgebiet:</b>	C - Gutes Leben
<b>Antragsblock:</b>	Gutes Leben
<b>Herkunft:</b>	DGB KV Rems-Murr

### keine rechtspopulistischen Inhalte

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 **Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:**
- 2 **Der DGB auf Bundes- und Landesebene setzt sich – unterstützt durch Forschungsaufträge –**
- 3 **damit auseinander, unsere Gewerkschaftsmitglieder zu überzeugen, dass nicht die**
- 4 **rechtspopulistischen Inhalte und die politische Durchsetzung ihre Arbeitssituation und**
- 5 **Zukunftsperspektiven verbessern.**
- 6 • **Dazu gehören neue Ansätze der gewerkschaftspolitischen Bildungsarbeit**
- 7 • **Die gewerkschaftlichen Handlungsfelder - Tarifpolitik, Arbeitsbedingungen,**
- 8 **(Gesundheitsschutz, soziale Sicherheit...) Alterssicherung – im Betrieb greifbarer zu**
- 9 **machen**
- 10 • **Bei neuen Herausforderungen - wie Digitalisierung, entgrenzte Arbeitszeiten -**
- 11 **betriebliche Mitbestimmung zu verstärken**
- 12 • **Gesellschaftspolitische Themen zugespitzt anzugehen: Wohnungssituation,**
- 13 **Gesundheitsversorgung...**

### Begründung

Die Hans-Böckler-Stiftung hat Anfang 2017 eine Studie über Rechtspopulismus bei den Gewerkschaftsmitgliedern veröffentlicht. Eine Aussage ist: das Gefühl von Kontrollverlust und Ausgeliefertsein am Arbeitsplatz fördert die Wahl der AfD, z.B. gibt es immer mehr Befristungen, keine Tarifbindung in Dienststellen und Betrieben.

Bei Gewerkschaftsmitgliedern gab es vermehrt Zustimmung zu Formulierungen wie

„Durch die Digitalisierung wird die Überwachung und Kontrolle meiner Arbeitsleistung immer größer“

„Dass ich für meinen Arbeitgeber leichter erreichbar bin, bedroht mein Privatleben“

„Über mein Leben wird irgendwo draußen in der Welt entschieden“

Die Sorge um die Zukunft kommt zur Arbeitssituation noch dazu.

Der Trend verstärkt sich, dass Gewerkschaftsmitglieder das prozentuale Wahlergebnis der AfD noch überschreiten:

- Bei der Landtagswahl Baden-Württemberg: Ergebnis der AfD: 15,1% - bei den Gewerkschaftsmitgliedern bekam die AfD 15,7%
- Bei der Bundestagswahl war das Ergebnis noch drastischer: das Ergebnis der AfD lag bei 12,6%; bei den Gewerkschaftsmitgliedern bei 15%

Die Wahlergebnisse haben Schock und Entsetzen hervorgerufen in den Gewerkschaften, es werden gute Vorsätze gefasst, „sich mit den Motiven der Kolleginnen und Kollegen zu beschäftigen“ – aber was geschieht wirklich?

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften haben sich intensiv mit den Wählerinnen und Wählern der AfD in der Bevölkerung auseinandergesetzt und viele Veranstaltungen, Diskussionsrunden etc. organisiert.

Wo bleiben unsere Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen – erkennen wir Hinweise auf Wahltendenzen zur AfD hin überhaupt? Was können und müssen wir tun?

## C 003: Kampagne zur Stärkung der gesetzlichen Rente fortführen

Laufende Nummer: 26

<b>Antragsteller/in:</b>	DGB-Stadtverband Stuttgart
<b>Status:</b>	Empfehlung der ABK liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Erledigt bei Annahme von Antrag C 001
<b>Sachgebiet:</b>	C - Gutes Leben
<b>Antragsblock:</b>	Gutes Leben
<b>Herkunft:</b>	DGB-Stadtverband Stuttgart

### Kampagne zur Stärkung der gesetzlichen Rente fortführen

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Die DGB-Bezirkskonferenz Baden-Württemberg fordert den DGB-Bundesvorstand auf, die
- 2 Rentenkampagne weiterzuführen und zu stärken, bis ein deutlich höheres gesetzliches
- 3 Rentenniveau erreicht ist.
- 4 Dabei sollten die Erfahrungen aus dem österreichischen Rentensystem eine größere Rolle
- 5 spielen. Ziel muss eine Bürgerversicherung sein.
- 6 Gleichzeitig unterstreicht der DGB weiterhin die Forderung, die Rente wieder auf einen
- 7 Regelrenteneintrittsalter mit 65 Jahren zurück zu führen.

## C 004: Nachhaltige Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherung

Laufende Nummer: 10

<b>Antragsteller/in:</b>	DGB Jugend
<b>Status:</b>	Empfehlung der ABK liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Erledigt bei Annahme von Antrag C 001
<b>Sachgebiet:</b>	C - Gutes Leben
<b>Antragsblock:</b>	Gutes Leben
<b>Herkunft:</b>	DGB Jugend

### Nachhaltige Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherung

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Der DGB Baden-Württemberg setzt sich beim Gesetzgeber für die nachhaltige Stärkung der
- 2 gesetzlichen Sozialversicherung ein. Hierbei ist insbesondere auf eine paritätische und
- 3 solidarische Lastenverteilung hinzuwirken. Im Einzelnen sollten folgende Punkte
- 4 Berücksichtigung finden:
  - 5 1. Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.
  - 6 2. Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze zur gesetzlichen Rentenversicherung wie auch zur
  - 7 gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung.
  - 8 3. Anhebung der Versicherungspflichtgrenze zur gesetzlichen Krankenversicherung und
  - 9 Pflegeversicherung.
  - 10 4. Entlastung der gesetzlichen Sozialversicherung von versicherungsfremden Leistungen bzw.
  - 11 Finanzierung versicherungsfremder Leistungen durch das Steuersystem.
  - 12 5. Einbezug von Beamten und Selbstständigen in das System der gesetzlichen
  - 13 Sozialversicherung.

### Begründung

Das System der gesetzlichen Sozialversicherung hat sich gerade vor dem Hintergrund der Banken- und Finanzkrise bewährt. Um dieses System auch für die nächsten Generationen zukunftsfest und finanzierbar zu machen, muss das System in puncto strikte paritätische Finanzierung und solidarische / gerechte Lastenverteilung reformiert werden. Die entsprechenden Vorschläge hierfür liegen seit Jahren vor und werden seit Jahren politisch diskutiert. Im Jahr der Bundestagswahl und vor dem Hintergrund anschließender Koalitionsverhandlungen sollte sich auch die IG BCE unabhängig vom DGB für solche Reformen einsetzen.

## **C 005: Manager\_innengehälter begrenzen – gerechte Einkommensverteilung in den Unternehmen**

Laufende Nummer: 11

<b>Antragsteller/in:</b>	DGB Jugend
<b>Status:</b>	Empfehlung der ABK liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme als Material an Bezirksvorstand
<b>Sachgebiet:</b>	C - Gutes Leben
<b>Herkunft:</b>	DGB Jugend

### **Manager\_innengehälter begrenzen – gerechte Einkommensverteilung in den Unternehmen**

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Der DGB Baden-Württemberg macht sich stark für eine Obergrenze von Manager\_innengehältern.
- 2 Ein Managergehalt mit mehr als dem 57-fachen eines Durchschnittsbeschäftigten, in einem
- 3 DAX-Unternehmen, hat nichts mehr mit den gesellschaftlichen Wertmaßstäben einer gerechten
- 4 Vergütung zu tun. Deshalb muss es eine klare Begrenzung der höchsten Vergütungen in einem
- 5 Unternehmen geben. Bemessungsgrundlage soll das in Vollzeit erarbeitete Einkommen der
- 6 untersten Entgeltgruppe im branchenüblichen Tarifvertrag des Unternehmens/Konzerns sein.
- 7 Die höchste Vergütung in einem Unternehmen/Konzern darf das 12-Fache des niedrigsten in
- 8 Vollzeit erarbeiteten Einkommens in selbigem nicht überschreiten.

### **Begründung**

Während Beschäftigte ab bereits 8,84€ in Unternehmen beschäftigt werden, liegen die Manager-Stundenlöhne bei über 6000€. Im Durchschnitt erhalten DAX-Vorstände mehr als das 57-Fache als der Durchschnitt ihrer Beschäftigten. Dieser Zustand ist weit entfernt von gerechten Vergütungen und Verteilungen. Unternehmen funktionieren, weil alle Beschäftigten ihren Teil zum Erfolg des Unternehmens beitragen. Während Outsourcing, Crowdfunding und andere neue Strukturen auf dem Arbeitsmarkt immer weiter ausgebaut werden, um Personalkosten zu reduzieren, werden die Gehälter der Vorstände beliebig nach oben geschraubt. Auch der Vorstoß der SPD, die steuerliche Absetzbarkeit von Vorstandsgehältern auf 500.000€ zu begrenzen, ist kein Faktor, der die maßlosen Auszahlungen verringern würde.

## C 006: Sonntagsschutz

Laufende Nummer: 21

<b>Antragsteller/in:</b>	KV Tübingen
<b>Status:</b>	Empfehlung der ABK liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme
<b>Sachgebiet:</b>	C - Gutes Leben
<b>Herkunft:</b>	DGB-Kreisverband Tübingen

### Sonntagsschutz

Die Konferenz möge beschließen:

- 1
- 2 Die Bezirkskonferenz möge beschließen, dass die grundgesetzlich festgelegte Sonntagsruhe
- 3 gestärkt wird.
- 4 Der Sonntag ist als „Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung“ bislang wirksam
- 5 geschützt (Art. 140 GG i.V.m. Art. 139 WRV) und darf nicht durch Profitinteressen einiger
- 6 Branchen aufgeweicht oder gar leichtfertig verschenkt werden. Hier muss die Sonntagsruhe
- 7 in den Landes- und Bundesgesetzgebungen weiterhin gestärkt werden.

### Begründung

In den letzten Monaten haben sich einige Arbeitgeber in einem Bündnis zusammengeschlossen und fordern unter dem Slogan „Selbstbestimmter Sonntag“ eine massive Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten im Handel.

Der freie Sonntag hat jedoch gemäß unserer Verfassung Vorrang vor jeglichen kommerziellen Interessen. Eine Abkehr von diesem Prinzip hätte Folgen weit über den Einzelhandel hinaus. Sollte die Kampagne „Selbstbestimmter Sonntag“ einiger Arbeitgeber Erfolg haben, würden andere Branchen nachziehen und den Sonntag nach und nach zu einem gewöhnlichen Werktag machen und so den freien Sonntag insgesamt in Frage stellen.

Mittlerweile arbeiten Verkäuferinnen und Verkäufer bereits heute hochflexibel, sehr oft auch am Abend oder am Samstag, wenn andere Erwerbstätige frei haben. Umso wichtiger ist der freie Sonntag für diese Beschäftigtengruppe. Er ist eine zentrale Voraussetzung für das Familienleben, für die Pflege von Freundschaften, für die Mitwirkung in Sportvereinen, Kirchengemeinden oder anderen Gemeinschaften.

Die Lohnzuschläge, die manche Unternehmen derzeit noch zahlen, können für den Verlust des freien Sonntags nicht dauerhaft entschädigen. Diese Beschäftigten haben ein Recht auf gemeinsame freie Zeit.

Sicherlich ist es wichtig den stationären Einzelhandel gegenüber dem Onlinehandel zu stärken.

Doch die Strategie, den Wettstreit mit dem Onlinehandel ausgerechnet über Öffnungszeiten auszutragen, ist nicht erfolgsversprechend.

Die besten Argumente des Handels gegenüber der Onlinekonkurrenz sind sein Service, seine hohe Beratungsqualität und seine motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

## **C 007: Der DGB lehnt die Erhöhung des Rüstungsetats auf 2% des Bruttoinlandsprodukts mit aller Entschiedenheit ab.**

Laufende Nummer: 30

<b>Antragsteller/in:</b>	DGB KV Rems-Murr
<b>Status:</b>	Empfehlung der ABK liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Erledigt bei Annahme von Antrag C 001
<b>Sachgebiet:</b>	C - Gutes Leben
<b>Herkunft:</b>	DGB KV Rems-Murr

### **Der DGB lehnt die Erhöhung des Rüstungsetats auf 2% des Bruttoinlandsprodukts mit aller Entschiedenheit ab.**

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 **Der DGB lehnt die Erhöhung des Rüstungsetats auf 2% des Bruttoinlandsprodukts mit aller**
- 2 **Entschiedenheit ab.**
  
- 3 **Der DGB auf Bundes- und Landesebene setzt durch gezielte Kampagnen die politisch**
- 4 **Verantwortlichen auf allen Ebenen unter Druck, dass solch ein Richtwert nicht**
- 5 **innenpolitisch umgesetzt und international diese Zusage rückgängig gemacht wird. Die**
- 6 **Finanzmittel sind bei Bund und Land schwerpunktmäßig einzusetzen für**
- 7 **• den sozialen Frieden in der Bundesrepublik: für Wohnungsbau, gleiche Bildungschancen**
- 8 **für alle, Gesundheitsversorgung, gesicherte Renten, soziale Grundversorgung,**
- 9 **Verkehrsinfrastruktur etc.**
- 10 **• für eine internationale Friedenspolitik, die Konflikte in den Krisenregionen mit**
- 11 **politischen Mitteln zu lösen versucht**
  
- 12 **Das heißt auch, dass die Bundesrepublik die Abschreckungspolitik der NATO in Frage stellt**
- 13 **und sich ernsthaft für die weltweite Abschaffung der Atomwaffen einsetzt – bis hin zur**
- 14 **Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages.**

### **Begründung**

Die Europäer müssen mehr für die Sicherheit tun – sie müssen sich an ihre Zusagen halten – das sagt Donald Trump und wiederholen seine Minister. Dies sagt ein Präsident, bei dem es unklar ist, ob eine Zusage den nächsten Twitter-Sturm überdauert oder nicht.

Auf dem NATO-GIPFEL in Wales 2014 gab es eine Vereinbarung der europäischen Staaten, bis zu 2% des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung und weitere Militarisierung auszugeben – der Richtwert soll bis 2024 erreicht werden. Bei steigendem Inlandsprodukt müssen dann auch die Rüstungsausgaben steigen!

Die Bundesrepublik hat den Verteidigungsetat 2017 erheblich aufgestockt um 2 Milliarden auf über 37 Milliarden – mit welchem Sinn und Zweck?



- Unterstützung der Waffenlobby im Land, insbesondere auch in Baden-Württemberg. Nach Aussage von Jürgen Grässlin, Friedensaktivist aus Freiburg, ist „Baden-Württemberg ein Musterländle in Sachen Rüstung und Militär!“
- Sollen noch mehr Kinder umkommen in den Krisenregionen?
- Noch mehr Zerstörung in den schon armen Staaten statt Aufbau und Entwicklung zu einem lebensfähigen Gemeinwesen
- Sollen noch mehr Fluchtursachen durch Kriegstreiberei geschaffen werden?

Müssen wir nicht vielmehr die Verteidigungsausgaben drosseln auf 0,2% und Geld ausgeben für Friedenszwecke?

Dies wird als naive Träumerei abgetan, aber haben wir es je versucht?

Der Friedensnobelpreis 2017 geht an ICAN = Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (**I**nternational **C**ampaign to **A**bolish **N**uclear Weapons), heute vertreten mit 468 Organisationen in 101 Ländern.

Hier wird gegen die Abschreckungspolitik der NATO versucht, vertraglich Verbindlichkeiten zu schaffen gegen Zerstörung – für eine lebenswerte Welt.

## C 008: Gewerkschaftliche Friedenspolitik

Laufende Nummer: 22

<b>Antragsteller/in:</b>	DGB-Stadtverband Freiburg
<b>Status:</b>	Empfehlung der ABK liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Erledigt bei Annahme von Antrag C 001
<b>Sachgebiet:</b>	C - Gutes Leben
<b>Herkunft:</b>	DGB-Stadtverband Freiburg
<b>Zusammenfassung der Änderungsempfehlungen</b>	Zeile 22 - 23: Ersetzung

### Gewerkschaftliche Friedenspolitik

Die Konferenz möge beschließen:

1

2 Der DGB wird seine friedenspolitischen Forderungen zusammen mit seinen  
3 Mitgliedsgewerkschaften gegenüber der Regierung, dem Parlament und der Öffentlichkeit  
4 offensiv vertreten und in Aktionen unterstreichen:

- 5 • Friedenspolitische Forderungen werden aufgenommen in Positionspapiere, z. B. zu  
6 Wahlen, in geeignete Textvorlagen für gewerkschaftspolitische Reden und Artikel sowie  
7 in Pressemitteilungen, damit Politiker mit diesem Thema konfrontiert und die  
8 Mitgliedschaft damit vertraut werden kann u.a.
- 9 • sofortiger Stopp von Waffenexporten,
  - 10 • Beendigung aller deutschen Auslandseinsätze und Kriegsbeteiligungen  
11 der Bundeswehr,
  - 12 • keine weiteren Erhöhungen der Militärausgaben für die Bundeswehr.
- 13 • Der DGB startet in Abstimmung mit den betroffenen Einzelgewerkschaften eine Offensive  
14 „Rüstungskonversion“, beginnend in den wichtigsten Rüstungsbetrieben in  
15 Baden-Württemberg und er setzt sich für eine wirksame Unterstützung von Bund und  
16 Land für beispielhafte Projekte ein.
- 17 • Der DGB macht die Standorte der Bundeswehr in Baden-Württemberg öffentlich, von denen  
18 aus an Kriegen teilgenommen wird oder diese unterstützt werden, oder von  
19 denen Waffenexporte ausgehen.
- 20 • Ostermärsche im Bezirk und der Antikriegstag werden stärker in das gewerkschaftliche  
21 und gesellschaftliche Bewusstsein gerückt.
- 22 • ~~Der DGB fordert die Länder auf, bestehende Kooperationsvereinbarungen mit der~~  
23 ~~Bundeswehr zu kündigen.~~
- Der DGB fordert das Land Baden-Württemberg und insbesondere das Kultusministerium  
auf, bestehende Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu kündigen.
- 24 • Der DGB fordert Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf, sich über Zivilklauseln  
25 auf die Forschung zu zivilen und friedlichen Zwecken zu verpflichten.

## Begründung

Die Welt ist in einer gefährlichen Krisenlage mit wirtschaftlichen und/oder politischen Gründen. Nach Kriegen unter Führung von NATO-Staaten zur angeblichen Befreiung sind Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien ein materielles und politisches Trümmerfeld.

Die Folgen von Kriegen sind unendliches Leid, Not und Elend, Krankheit und Tod, Flucht und Fluchttote und auch Terroranschläge in Europa. In Afrika sind Millionen Menschen vom Hungertod bedroht. Auch davor flüchten Menschen aus ihrer Heimat. In Europa und in Deutschland nimmt die soziale Ungleichheit und Armut in einem lange nicht gekannten Ausmaß zu. Wir haben es mit Zuspitzung statt Deeskalation in Dutzenden von Kriegen und mit Waffen ausgeführten Auseinandersetzungen rund um den Globus zu tun. Deutschland ist am Kriegsgeschehen direkt und indirekt beteiligt. Allein in Baden-Württemberg gibt es an 70 Standorten 120 Betriebe, die nur oder teilweise Rüstungsgüter herstellen.

Waffen aus Baden-Württemberg werden in allen Kriegen von allen Fronten benutzt.

In Stuttgart befinden sich zwei der weltweit sechs US-Oberkommandos: das strategische Kommando der US-Streitkräfte für Afrika (AFRICOM) und das United States European Command (EUCOM) für ganz Europa und den asiatischen Teil Russlands.

Bis 2030 will die Bundesregierung zusätzlich 130 Mrd. EURO in die Ausrüstung der Bundeswehr stecken und schrittweise die jährlichen Militärausgaben bis 2020 auf 40 Mrd. EURO erhöhen. Das Ziel sind die von Präsident Trump angemahnten 2% des BIP; nach heutigem Stand 65 Mrd. EURO. Rüstungsausgaben reduzieren die Spielräume für soziale Zwecke. Bewaffnete Konflikte berauben die Menschen ihrer Lebens- und Bildungschancen.

Laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung wurden in 2015 Waffenexportgenehmigungen über 7,9 Mrd. EURO erteilt, das war doppelt so viel wie im Vorjahr.

In 2016 waren es 6,9 Mrd. EURO, der zweithöchste Wert der Geschichte. Der Genehmigungswert für Nicht-NATO-Staaten lag bei 3,7 Mrd. EURO, davon unter den Top 10-Beziehern drei Länder, die am Krieg in Jemen beteiligt sind: Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate und Ägypten.

Die friedenspolitische Orientierung des DGB ist eindeutig (Auszug aus dem Beschluss des Bundeskongresses von 2014): „Der DGB tritt für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein. Er ist damit Teil der Friedensbewegung und macht sich – anknüpfend an eine lange Tradition im Kampf gegen Faschismus und Militarismus – für eine aktive und nachhaltige Friedenspolitik stark. (...) Krieg kann und darf niemals ein Mittel der Politik sein – Nie wieder Krieg!“ Und weiter: „Der DGB zeigt sich außerordentlich besorgt über die nationale wie internationale Rolle der Bundeswehr. Die Bundeswehr hat sich (...) zu einer internationalen Interventionstruppe gewandelt.“

Zur Aufgabe der Bundeswehr gehört es nunmehr ausdrücklich auch, freie Handelswege, eine gesicherte Rohstoffversorgung sowie die Erschließung und den Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten zu sichern. Mit Friedenssicherung hat dies nichts zu tun. Der DGB lehnt die Beteiligung der Bundeswehr an derartigen Einsätzen ab.“

Mit diesen Aussagen ist der DGB in der Pflicht, seine friedenspolitischen Forderungen zusammen mit seinen Mitgliedsgewerkschaften gegenüber der Regierung, dem Parlament und der Öffentlichkeit offensiv zu vertreten und in Aktionen zu unterstreichen.

Das Thema Frieden darf dementsprechend nicht in Positionierungen fehlen. Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Wir brauchen eine klare Positionierung für den Frieden und den Menschen, eine klare Positionierung gegen Aufrüstung, Waffenexporte, Auslandseinsätze und Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr. Mit Beispielbetrieben zur sukzessiven Umwandlung von Rüstungsproduktion in die Produktion ziviler Güter können die Beschäftigten in Rüstungsbetrieben für die Rüstungskonversion gewonnen werden. Ein bemerkenswertes Beispiel konnte bereits bei Northrop Grumman LITEF (Freiburg) auf Initiative der Beschäftigten und ihres Betriebsrates (!) erreicht werden.

## C 009: gegen ITEC-Messe Stuttgart

Laufende Nummer: 29

<b>Antragsteller/in:</b>	DGB KV Rems-Murr
<b>Status:</b>	Empfehlung der ABK liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Annahme in geänderter Fassung
<b>Sachgebiet:</b>	C - Gutes Leben
<b>Herkunft:</b>	DGB KV Rems-Murr
<b>Zusammenfassung der Änderungsempfehlungen</b>	Zeile 1 - 7: Ergänzung

### gegen ITEC-Messe Stuttgart

Die Konferenz möge beschließen:

1 -

- 2 ● ~~Der DGB Baden-Württemberg und seine Regionen bieten sich an als Bündnispartner für~~  
3 ~~weitere Protestaktionen 2018 gegen die ITEC und tragen den Protest in die~~  
4 ~~Öffentlichkeit über gezielte Pressekampagnen~~  
5 ● ~~Der politische Druck auf die Verantwortlichen (politische Parteien und Verwaltung) im~~  
6 ~~Land Baden-Württemberg, der Stadt Stuttgart und der Messe wird verstärkt~~  
7 ● ~~Der DGB Bundesvorstand wendet sich mit dem Landesbezirksvorstand generell gegen~~

Der DGB Baden-Württemberg lehnt die Durchführung der ITEC Messe in Stuttgart ab und fordert den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Messe Stuttgart auf, die ITEC in 2018 abzusagen und auch künftig die Veranstaltung der ITEC keine Plattform zu bieten.

8 **Militärmessen in Deutschland**

### Begründung

Am 15. bis 17. Mai 2018 findet in der Messe Stuttgart (Trägerschaft beim Land und der Stadt Stuttgart) die Messe ITEC statt – ITEC = International Forum for the Military Training, Education an Simulation Sectors.

Diese Militärmesse findet erstmals in Stuttgart statt, nachdem der deutsche Standort Köln durch Gemeinderatsbeschluss 2014 nicht mehr zur Verfügung steht. Die Stadt Köln hat der im 4-jährigen Turnus in Köln stattfindenden Messe eine Absage erteilt, weil ein breitangelegtes Bündnis von kirchlichen und nicht kirchlichen Organisationen gegen Militär- und Waffentechnik lautstark und nachhaltig protestiert hat. Das Bündnis stellt seine Materialsammlung anderen Bündnissen zur Verfügung.

Was geschieht in den Messehallen?

Mehr als 100 Aussteller werden erwartet. Sie wollen für Computerprogramme zur Simulation von Krieg und Töten, für Raketenabwehrsysteme und für Drohnentechnik werben. Es ist die führende

Veranstaltung zu diesem Markt in Europa mit ca. 3000 Besuchern aus aller Welt. Angesprochen werden Fachbesucher von Polizei, Feuerwehr, Militär und Spezialeinheiten. Gesponsert wird die Messe hauptsächlich von Rheinmetall, Aussteller sind große und kleine Firmen aus der metallverarbeitenden Industrie, aber immer mehr aus den Bereichen Elektronik und Optronik.

In Stuttgart gibt es Proteste – auch einen Offenen Brief von Martin Kunzmann und Bernhard Löffler an die Messe, speziell an den Stuttgarter Ersten Bürgermeister Föll als Mitglied des Aufsichtsrats der Messe. „Ohne Rüstung leben“ und „Aktion Aufschrei“ schreiben u.a. „Das Töten von Menschen wird simuliert und es wird in Kauf genommen, dass die entsprechende Software an kriegführende Regime verkauft wird“ – sicherlich zur Optimierung des Tötens, der Krieg wird im Informationsraum geführt.

Herr Föll hält nach Absprache mit der Landespolizei, dem Staatsschutz und dem Innenministerium die Messe „gut und passend für Baden-Württemberg, u.a. wegen der Stützpunkte der US-Army und der Bundeswehr im Land“ und auch „wegen dem vermehrten gesellschaftlichen Interesse an Sicherheitsfragen“.

Die Stadt Stuttgart hat 2004 den Preis für vorbildliche Integrationsarbeit bekommen, den „UNESCO Cities für Peace Prize“. Die Militärmesse wird nicht „als grundsätzlich imageschädigend“ für Stuttgart eingestuft – dies auch vom Ersten Bürgermeister Michael Föll; bestätigt dann auch durch den Beschluss des Aufsichtsrats der Messe, als über einen Antrag zur Rückabwicklung der Messegenehmigung nach den Protestschreiben (auch des DGB Baden-Württemberg) abgestimmt wurde: 3 dafür, 2 Enthaltungen, 8 gegen die Absage an Clarison Events London, den Veranstalter der ITEC.

## **C 010: Sofortige Senkung der Rüstungsausgaben! Keine Erhöhung auf 2 Prozent! Verbot von Waffenexporten!**

Laufende Nummer: 27

<b>Antragsteller/in:</b>	DGB-Stadtverband Stuttgart
<b>Status:</b>	Empfehlung der ABK liegt vor
<b>Empfehlung der ABK:</b>	Erledigt bei Annahme von Antrag C 001
<b>Sachgebiet:</b>	C - Gutes Leben
<b>Herkunft:</b>	DGB-Stadtverband Stuttgart

### **Sofortige Senkung der Rüstungsausgaben! Keine Erhöhung auf 2 Prozent! Verbot von Waffenexporten!**

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Das 2-Prozent-Ziel der NATO, das von Staats- und Regierungschefs der Nato 2014 gemeinsam
- 2 für ihre Verteidigungsausgaben festgelegt wurde, sichert nicht den Frieden, sondern führt
- 3 zu einer neuen Rüstungsspirale. Schon heute fehlt Geld für Bildung, Soziales und
- 4 Infrastruktur. Deshalb: sofortiger Stopp der Rüstungsausgaben und schrittweise Senkung mit
- 5 dem langfristigen Ziel, die Rüstungsproduktion in die Produktion von zivilen Gütern
- 6 umzuwandeln.
  
- 7 Außerdem lehnen wir Waffenexporte ab, insbesondere aber in Krisen- und Konfliktgebiete
- 8 sowie an diktatorische und autokratische Regime. Staaten und Konfliktparteien müssen nach
- 9 politischen Lösungen suchen. Militärische Lösungen schaden überall auf der Welt den
- 10 Werktätigen und der Mehrheit der Bevölkerung. Wir lehnen Waffenexporte ab und fordern ein
- 11 Verbot.
  
- 12 Als Organisation der Lohnabhängigen vertreten die Gewerkschaften auch deren Interesse an
- 13 der Sicherung des Friedens. Wir fordern den DGB-Vorstand auf, sich aktiv gegen die
- 14 Umsetzung des 2-Prozentziels einzusetzen.

### **Begründung**

Zur Sicherung des 2-Prozentziels hat die Bundesregierung angekündigt, in den nächsten 15 Jahren zusätzlich 130 Milliarden Euro in die Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr zu stecken und darüber hinaus schrittweise die jährlichen Militärausgaben von heute 34,3 Mrd. auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also rund 60 Mrd. Euro zu erhöhen. Im Bundeshaushalt würde dies einem Anteil von fast 20 % entsprechen! Schon heute verschlingt der Rüstungsetat in Deutschland über 11% des Bundeshaushalts. Die Erhöhung bei der Rüstung wird zu weiterer Absenkung bei Sozialem, Bildung und Infrastruktur führen. Dies richtet sich gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten.

In den letzten Jahren hatten wir extreme Steigerungen der Rüstungsexporte. So sind sie von 6,5 Milliarden Euro im Jahre 2014 auf den Rekordwert von 12,8 Milliarden im Jahre 2015

hochgeschneit, haben sich also innerhalb eines Jahres fast verdoppelt. Dieser Entwicklung muss ein Riegel vorgeschoben werden.